ROTE KOMMENTARE

15.5.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Heß, c/o Asta, Grabengasse 14
Druck: J. Noth

BERICHT ÜBER DEN 1. MAI 1970 IN HEIDELBERG

Wie wir aus Kreisen des DGB erfuhren, nimmt eine Reihe von Funktionären den sozialistischen Studenten den "1. Mai" übel. Das ist uns völlig unverständlich; die sozialistischen Studenten beschränkten sich bei der Mai-Feier des DGB darauf, für die "Roten Kommentare" und ihre eigene Kundgebung am Nachmittag zu werben. Oder hat der DGB vielleicht den Rednern der sozialistischen Mai-Kundgebung E. Becker (SDS Heidelberg) und Bonno Schütter (Arbeiterpolitik Bremen) "übel genommen", was sie über den Stand der Löhne und Preise in der BRD und über die Rolle der Gewerkschaften bei den Lohnkämpfen im September sagten (siehe Abdruck der Reden)? Ist das der Fall, dann ist "Übelnehmen" genau die Reaktion der Funktionäre, die zeigt, wie richtig es war. Im übrigen haben sich die Zeiten geändert. Als die Linken am 1. Mai 1968 aus Protest die Stadthalle verließen, als einem spanischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglied das Rederecht verweigert wurde, verließ insgesamt 1/3 der Anwesenden den Saal. Diesmal waren 50% aller Anwesenden Linke und hinter Neumann und Möller stand nur eine kleine Clique bestehend aus der SPD-Mafia, die vor allem aus den städtischen Angestellten des Ober-Mafioso Zundel besteht. Die nicht sehr zahlreich anwesenden Betriebsräte und älteren deutschen Kollegen verhielten sich sozusagen neutral. Sie drücken die Stimmung aus, daß mit solchen Maifeiern und einer solchen belanglosen Rede, wie sie Neumann hielt und den "Taten" des DGB bei der Belegschaft in den Betrieben kein Blumentopf zu gewinnen ist. Im nächsten Jahr werden die Verhältnisse für den DGB noch ungünstiger sein. Sollten die Linken dann der Feier fernbleiben, dann bliebe dem DGB nur noch die Wahl, entweder die Veranstaltung wegen mangelnden Interesses ausfallen zu lassen oder das Polizeiaufgebot, das die Stadthalle in diesem Jahr wie ein grüner Wald umgab, als Zuhörer in den Saal zu holen. Aber niemand weiß, ob sich die Mitglieder dann noch gefallen lassen, daß aus ihren Beiträgen eine Feierstunde für Polizisten finanziert wird. Es bleibt dem DGB keine andere Wahl: Entweder der "1. Mai" wird zu einem Diskussionsforum, wo die tatsächliche Lage in den Betrieben durch die Mitglieder selbst erörtert werden kann und wo ungeschminkt die tatsächliche ökonomische Lage der abhängig arbeitenden Klassen untersucht wird, oder es wird sich keiner mehr für den "1. Mai" des DGB interessieren.

Bonno Schütter (Bremen) am 1. Mai in Heidelberg

Inhaltsverzeichnis:

Bericht über den 1. Mai 1970 in Heidelberg S.1
Bonno Schütter: Die Situation in den Betrieben und die Rolle der Gewerkschaften S.2-4
E. Becker: Löhne und Preise in der BRD S.4-5
Demonstration gegen den Einmarsch der USA in Kambodscha S.6-7
DGB-Presseerklärung gegen US-Intervention in Kambodscha - Auftakt oder Taktik? S.8

DIE REDEN DER TÜRKISCHEN UND SPANISCHEN ARBEITER auf der sozialistischen Maikundgebung werden in den nächsten Nummern der Roten Kommentare veröffentlicht

Zu der sozialistischen Kundgebung am Maifeiertag waren ca. 800 Teilnehmer erschienen. Im Vergleich zum letzten Jahre ist zu bemerken, daß nur etwa die Hälfte Studenten waren. Eine Reihe von jüngeren Arbeitnehmern verfolgte kritisch die gehaltenen Reden. Ältere deutsche Kollegen waren nur vereinzelt erschienen. Die spanischen Arbeiter mit ihren Familien bildeten wie im vergangenen Jahr einen starken Block, auch zahlreiche ausländische Arbeiter anderer Nationalität nahmen daran teil.

Diese Entwicklung zeigt, daß eine von sozialistischen Studenten veranstaltete 1. Mai-Kundgebung richtig ist solange bis eine starke Bewegung der Arbeiterklasse aus den Betrieben entsteht, die den "1. Mai" zu einem machtvollen Kampftag der Arbeiterklasse und aller abhängig Arbeitenden machen wird.
Wir drucken im Nachfolgenden Auszüge aus den gehaltenen Reden ab:

Die Situation in den Betrieben und die Rolle der Gewerkschaften

Rede von Bonno Schütter (Gruppe Arbeiterpolitik-Bremen) am 1. Mai in Heidelberg

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts, 1970, lautet das Motto des DGB: "Wir sichern den Fortschritt".
Im Gegensatz zur hundertjährigen Geschichte der Arbeiterbewegung hat die Gewerkschaftsbürokratie erstmalig darauf verzichtet, Forderungen der Arbeiterschaft zu verkünden. Für Jahrzehnte bekräftigte die Arbeiterbewegung mit ihrer Mai-Forderung nach dem Normalarbeitstag, Frieden und Sozialismus ihre Stellung gegenüber dem Unternehmertum und dem Staat.
Am 1. Mai 1970 scheinen die Gewerkschaften in der von der SPD regierten Bundesrepublik keine entscheidenden Forderungen der Arbeiterschaft mehr aussprechen zu wollen oder zu dürfen. Die von der SPD beherrschte Gewerkschaftsführung muß im Rahmen der konzertierten Aktion anscheinend auf die Interessenvertretung der Arbeiterschaft verzichten, um der Regierung ihr Amt zu erleichtern. Unter dem Motto "Wir sichern den Fortschritt" beschränken sich die Gewerkschaften auf die Aufzählung des bisher Erreichten. Die 40-Stunden-Woche, verlängerter Urlaub mit Urlaubsgeld, der freie Samstag sowie die allgemeine Lohn-und Gehaltsentwicklung, bis zur kürzlich durchgesetzten Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall, sollen den Arbeitern das Bild unseres sozialen Rechtsstaates vermitteln.
Wir, als oppositionelle Gewerkschafter und Sozialisten, haben keine Ursache, diese erzielten Erfolge zu schmälern. Auch wir betrachten sie als wichtige Errungenschaften und verteidigenswerte Rechte aller Arbeitnehmer. Doch sind wir nicht so vermessen wie der DGB, diese Entwicklung unseres Lebensstandarts als alleiniges Resultat des DGB hinzustellen. Keiner weiß besser als die deutsche Arbeiterschaft, daß diese Erfolge nicht im Kampf der Arbeiterschaft erreicht worden sind.
Die Gewerkschaftsbürokratie hat diese sich selbst zugeschriebenen Erfolge nicht erkämpft; sie sind das Ergebnis der besonderen Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik. Nicht durch Arbeitskämpfe, sondern durch die Nachfrage nach der Ware "Arbeitskraft" wurde es den Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren ermöglicht, entsprechende Tarifverträge abzuschließen.
Daß die Gewerkschaften unter diesen gegebenen Verhältnissen der letzten 15 Jahre nicht das herausgeholt haben; was tatsächlich möglich gewesen wäre, zeigt die Spanne zwischen (tatsächlichen) Effektiv- und Tariflöhnen. Der Effektivlohn liegt im allgemeinen 1.-DM pro Stunde höher, als das, was die Gewerkschaften in Tarifen aushandeln konnten. Die Politik der Gewerkschaften bestand in der gesamten Tarifpolitik allenfalls darin, der tatsächlichen Lohnentwicklung hinterher zu rennen.

Bei dem diesjährigen DGB-Motto stellt sich die Frage, welcher oder wessen Fortschritt hier gemeint ist. Die Vertreter des DGB, die heute vormittag Land auf Land ab Sozialpartnerschaft predigen und die großen Erfolge des DGB feiern, verschweigen der Bevölkerung bewußt, was nicht erreicht worden ist, und wie die Machtverhältnisse im heutigen Deutschland tatsächlich aussehen: Die Macht der Konzerne war nie größer als heute. Wenige Familien beherrschen die Chemie-,Elektro-und Stahlindustrie. Ganz zu schweigen von jenen Branchen, die zum überwiegenden Teil im ausländischen Kapitalbesitz sind, wie Automobil- und Komputerindustrie. Breite Schichten des Mittelstandes,wie der Einzelhandel, fallen der Konzentrationsbewegung der Großläden zum Opfer. Zu keinem Zeitpunkt in der deutschen Geschichte verfügte unser Staat über eine stärker ausgerüstete Armee wie heute. Weite Kreise des deutschen Richter-und Beamtenwesens sind reaktionär wie eh und je. Selbst die Arbeitsgerichtsbarkeit, als Kind der modernen Demokratie, ist einen Weg gegangen, den heute selbst der DGB nur als Klassenjustiz bezeichnen kann. Alle Vorstellungen der Nachkriegszeit über Zerschlagung der Konzerne, Entflechtung und Kontrolle existieren nicht mehr. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Schulbeispiel dafür geworden, daß die Macht nicht vom Volk und vom Parlament ausgeht, sondern von jenen, die die Macht tatsächlich inne haben: dem Großkapital, Großbanken, Militärs und Staatsbürokratie.
So wie Verteidigungsminister Helmut Schmidt vor General Schnez kuscht, wie Schiller und Brandt Bankiers wie Abs und Klaasen ihre Reverenz erweisen, wagt es keine Regierung der Bundesrepublik mehr, gegen die Industrie und ihre Lobby zu regieren. Die Regierungen der BRD, ob von CDU, FDP oder SPD bestimmt, können nicht gegen die tatsächlich Herrschenden regieren; sie werden bestenfalls von ihnen ausgehalten. Es würde heute an diesem Platz zu weit führen, die Steuergesetzgebung, die

Haushaltspolitik des Bundes und die der Länder darauf zu untersuchen, inwieweit die Regierung hier direkt die Klasseninteressen des Besitzbürgertums vertritt. Die Sozialdemokratie als Volkspartei schwört jeglicher Planwirtschaft und jeglichen sozialistischen Inhalten ab und bekennt sich offen mit Schiller zur sozialen Marktwirtschaft, die nichts anderes bedeutet als die offene Herrschaft der Besitzenden über die Arbeiterschaft.
Nach dem Krieg hat die deutsche Arbeiterschaft die Produktionsstätten bei Rübensaft und Maisbrot wieder aufgebaut. Als unter der Schirmherrschaft der Besatzungsmächte mit Hilfe des Marshall-Plans und anderer Finanzhilfe die alten Macht- und Besitzverhältnisse neu geschaffen wurden, gab sich die Gewerkschaftsbürokratie noch der Illusion hin, daß sie nach der gewaltigen Aufbauleistung die echte Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft erreichen würde. Anstatt durch den Kapitalismus mit der Mitbestimmung den Dank für die geleistete Arbeit abgestattet zu bekommen, bekamen die Gewerkschaften den verdienten Tritt. Was 1950 unter Adenauer begann, setzten alle weiteren Regierungen fort. Heute weiß jeder Arbeiter und jeder junge Mensch, daß die demokratischen Grundrechte am Fabrik- bzw. am Kasernentor abzugeben sind. Ob in den Betrieben mit Arbeitsdirektor oder ohne: es herrschen Kasernenhofverhältnisse. Das Betriebsverfassungsgesetz, das die Rechte des Arbeiters regelt, ist das reaktionärste Zeug, das Nachkriegsdeutschland überhaupt hervorgebracht hat. Mit diesem Gesetz werden die Arbeiter ihrer unmittelbaren Interessenvertretung (Betriebsrat als Kampfinstrument) beraubt, und was an Rechten dort niedergelegt ist, gleicht Tierschutzgesetzen, die dafür da sind, den Ausgebeuteten den Anschein von Demokratie vorzugaukeln.
Der DGB, der von der Sicherung des Fortschritts spricht, muß etwas zu verbergen haben, wenn er bewußt die Misere des Betriebsverfassungsgesetzes, der Benachteiligung der Frauenarbeit, der Ausbeutung der Lehrlinge, den Mißerfolg der Mitbestimmung verschweigt. Wer von der Sicherung des Fortschritts spricht und dabei der Bevölkerung die tatsächlichen Machtverhältnisse in unserem Lande verschweigt, mit dem ist "etwas faul". Darum ist es eine der entscheidensten Aufgaben der Arbeiterschaft zu Beginn unseres Jahrzehnts diese Gewerkschaftsbewegung kritisch zu beleuchten und nach Lösungen und Wegen zu suchen; entweder die Gewerkschaften wieder zu Kampfinstrumenten zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu machen oder sie zu überwinden.

Während die Gewerkschaftsbürokratie ihr eigenes Versagen mit der jahrzehntelangen Passivität der Arbeiterschaft zu verbergen suchte, wurde sie und die gesamte Öffentlichkeit wie ein Donnerschlag von den September-Streiks getroffen. Mit Sicherheit können wir heute sagen, daß die Gewerkschaftsführer von diesem ersten Aufbegehren der Stahlarbeiter mehr geschockt wurden als die Unternehmer, denen eigentlich dieser Arbeitskampf galt. Wir haben allen Grund, das zu tun, was die Gewerkschaftsbürokratie in Klausurtagungen im stillen Kämmerlein tut: Die Ursachen und Bedeutung der wilden Streiks des letzten Jahres zu analysieren.
Mit Recht sagen wir: Das war nach Jahrzehnten der Apathie die Besinnung auf die eigene Kraft. Es ging den streikenden Kollegen,stellvertretend für die gesamte Arbeiterschaft, um ihre unmittelbare Interessenvertretung - und darum, endlich Schluß zu machen mit der Gängelei durch Unternehmer und Gewerkschaftsführung. Sie waren bereit, selber zu handeln, ihre Sache in ihre Hände zu nehmen und denen da oben zu zeigen, ihr könnt nicht machen was ihr wollt, jetzt bestimmen wir selbst. Immer wieder hatten die Kumpel von Kohle und Stahl am eigenen Leibe erfahren, daß ihre Gewerkschaftsführung zwar große Sprüche klopfte und von "hartbleiben" sprach, jedoch im Interesse des sogenannten Allgemeinwohls dann stets faule Kompromisse abgeschlossen hatte. Insbesondere seit der Rezession 67/68 und der Strukturkrise im Kohle- und Stahlbereich hatte die IG-Metall durch Tarifverträge mit 1 1/2 jähriger Laufzeit die Arbeiterschaft von der Durchsetzung angemessener Lohnforderungen abgehalten. Was selbst den Unternehmern auffiel, hatten die Spitzenfunktionäre von IG-Metall und IG-Bergbau in ihren feudalen Glaspalästen nicht gemerkt: nämlich den schon abgrundtief gewordenen Widerspruch zwischen den Mitgliedern ihrer Organisationen und sich selber. Über das Betreiben der Bank für Gemeinwirtschaft, die gewerkschaftseigenen Wirtschaftsunternehmen und die vielfältige Einordnung in die kapitalistische Gesellschaft haben sie sich als Bürokratie verselbständigt. Sie stehen nicht mehr in der Arbeiterschaft; sie stehen der eigenen Mitgliederschaft als Funktionärsclique gegenüber. Die Arbeiterschaft hat gemerkt, daß sie demKampf um Aufsichtsratstantiemen u

Arbeiterschaft hat gemerkt, daß sie dem Kampf um Aufsichtsratstantiemen und bürgerlicher Anerkennung in dieser Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit widmet, als Hand in Hand mit den Arbeitern Arbeiterpolitik zu betreiben. Für diese Haltung erhielten sie im September die Quittung. Allzuoft hatten sie gesagt, Wahltag ist Zahltag. Sie meinten damit, daß die Wachablösung in Bonn durch Sozialdemokraten die Lage der arbeitende Klasse entscheidend verbessern würde. Die streikenden Arbeiter im September jedoch nutzten die Zeit unmittelbar vor der Bundestagswahl, in der es Gewerkschaften und SPD darauf ankam, in der Bundestepublik Friedhofsruhe zu haben. In allen Streikzentren zeigte sich im September, wo die Gewerkschaftsbürokratie stand. Sie hatte offen Farbe zu bekennen. Daß Arbeitsdirektoren und andere Mitbestimmungsfunktionäre im Lager der Unternehmer standen, war den streikenden Kollegen gar nicht mehr verwunderlich. Daß aber Otto Brenner, der damalige Bergarbeiter-Führer Ahrendt und die Spitze der Gewerkschaften in Reih und Glied mit den Unternehmern in der Front gegen die streikenden Kollegen standen, öffnete auch dem letzten Streikenden die Augen. Aus eigener Erfahrung können wir heute hier sagen, daß bei dem 9 Tage dauernden Streik der Klöckner-Arbeiter in Bremen die Vorstandsmitglieder der IG-Metall mit den Vertretern der Unternehmensleitung gegen die Arbeiter beraten haben. Otto Brenner und seine Freunde lehnten während des Streiks jedes Gespräch mit den verantwortlichen Streikführern und Betriebsräten ab und betrieben in der gesamten BRD eine ausgesprochene Lügenkampagne über die Verhältnisse auf der Klöckner-Hütte. Mit dem Märchen von

der angeblichen Zerstörung von Produktionsanlagen durch die Streikenden versuchten sie die Streikfront zu erschüttern und den Solidarisierungsprozeß mit den kämpfenden Kollegen zu unterbinden.
So negativ auch diese Haltung der Gewerkschaftsbürokratie zu beurteilen ist, so bewirkte ihr Verhalten andererseits jedoch, daß die Arbeiterschaft die Rolle dieser Bürokratie richtig erkannte. Alles in allem kann man heute sagen, daß die Gewerkschaftsführung die Kampfkraft der Arbeiter nicht dazu ausnutzte, höhere Löhne und Gehälter zu erzielen, sondern umgekehrt, sich als Ordnungsfaktor im Interesse der Unternehmer betätigte. Sie spielt die Betriebsfeuerwehr, um das ausgebrochene Feuer zu löschen. und handelte Lohn- und Gehaltserhöhungen heraus

Im Mai dieses Jahres befindet sich die Stahl-Metall -und Kohlewirtschaft in einer Situation, die der im September 69 sehr ähnelt. Die Bilanzen der Konzerne verraten riesen Gewinne, und man spricht wieder von der Gewinnexplosion der Unternehmen. Die Arbeiterschaft ist jedoch trotz Preis- und Mieterhöhungen, die auch die SPD-Regierung nicht bremsen kann, durch langfristige Tarifverträge auf dem Lohnsektor gebunden. Die IG-Metall, die Unternehmer und die Regierung versuchen derzeit, durch die Schaffung vermögenswirksamer Leistungen die kommende Entwicklung aufzufangen. Sie haben bereits das unterirdische Grollen sich anbahnender Kämpfe vernommen. Dabei erkennen jedoch die Arbeiter, was es mit der Vermögensbildung auf sich hat: Das 312,-DM-Gesetz hat ihnen kein Vermögen gebracht. und alle Gesetzesvorhaben der SPD werden an der Tatsache nichts ändern.
Kollege Schütter führte in seiner Rede abschließend Folgendes aus: Genausowenig wie die Arbeiterschaft auf die Vermögensbildung setzen kann, kann sie in der kapitalistischen Wirtschaft darauf hoffen, die Preise zu beeinflussen, um ihre materielle Lage zu verbessern.
Die Arbeiter müssen sich dort ihrer Haut wehren, wo sie die Chance haben, eine Macht zu bilden: in den Betrieben. Die tatsächlichen Aufgaben der Arbeiterschaft lägen, so sagte Schütter, darin, durch Lohnkampf ihre materielle Lage zu verbessern.
In diesen Arbeitskämpfen muß "das Eisen geschmiedet werden, solange es heiß ist".
Jetzt - so sagte Schütter - ist es heiß.

Löhne u. Preise in der BRD

Rede von Eberhard Becker (SDS) am 1. Mai in Heidelberg

"Ich bin überzeugt, daß die Dinge in absehbarer Zeit wieder ins Gleichgewicht kommen und kein Grund zur Panikmache vorliegt. Das Drama von 1966 wird sich nicht wiederholen."
Das sind die Worte Willy Brandts vor ein paar Tagen auf der Industriemesse in Hannover. Was meinte er mit "Drama von 1966"? - Damals gab es erstmals nach 1945 eine derartige Wirtschaftskrise, daß 2,5 % der Arbeitenden vorübergehend beschäftigungslos war. Die Produktion der Wirtschaft nahm erstmals seit 1945 nicht zu sondern ab. Die Arbeiter hatten auf Lohnforderungen zu verzichten, um den Fabrikherren und Bankiers die Profite zu sichern. Erst im September 1969 konnte sich ein Teil der Arbeiter in der BRD durch Streik das wieder erkämpfen, was ihnen da verloren gegangen war.

"Die Dinge werden in absehbarer Zeit wieder ins Gleichgewicht kommen." sagt Brandt.
Wie sieht denn dies Gleichgewicht im Moment aus? Die Preise steigen. Im Vergleich zu den Preisen von 1969 , die auch schon gestiegen waren, hat sich das Preisniveau jetzt um 4 % erhöht. Bis zur Jahresmitte wird es die 4 % - Marke noch überschritten haben.

Allein die Wohnungsmieten - und die belasten die einfache Bevölkerung am stärksten - haben sich seit März letzten Jahres folgendermaßen erhöht:

Die Mieten für Altbauwohnungen um 4,8 %,
die Mieten für frei finanzierte Wohnungen um 4,6%
und die Mieten für sog. Sozialwohnungen um 3,8 %.

Ich habe sogenannte Sozialwohnungen gesagt; denn was ist "sozial" an den Wohnungen im Emmertsgrund, die einen Quadratmetermietpreis von DM 3,-- haben? "Sozial" daran sind höchstens die billigen staatlichen Kredite, die den Bauherren zukommen - sonst nichts. Die Preise steigen also. Und das, obwohl die Fertigungstechniken der Industrie immer mehr verbessert werden, obwohl in den Betrieben immer mehr rationalisiert wird und das Arbeitstempo ständig steigt.

Wir dürfen aber nicht vergessen: auch die Löhne sind Preise. Der Lohn ist der Preis, den der Kapitalist dem Arbeiter für seine Arbeitskraft bezahlt. Es ist wahr: auch die Löhne pro Beschäftigungsstunde sind seit den letzten 5 Jahren ständig gestiegen. (Wir wollen einmal von zwei kurzen Einbrüchen im Sommer 1966 und im Winter 1968/69 absehen.)

Aber der Preis der Arbeitskraft, also der Lohn, ist kein x -beliebiger Preis einer x - beliebigen Ware. Vom Lohn hängt ab, ob der ganz große Teil der Bevölkerung in der BRD sich das kaufen kann, was er notwendig zum Leben braucht. Der Unterschied zwischen Lohn und Preis wird ganz klar: wenn sich die Preise erniedrigen, dann kann das zum Beispiel daher kommen, daß die Konkurrenz unter den produzierenden Firmen sich verschärft hat. Das kann vielleicht zur Folge haben, daß sich die Masse der Profite verringert. Wird aber der Lohn gekürzt, dann geht das vom täglichen Haushalt der Menschen ab. Wenn wir sagen: "Die Löhne steigen", dann kann man das so ausdrücken, daß ein Arbeiter vielleicht statt DM 5,4o jetzt DM 5,7o bekommt. Dann hat

man aber nur eine Steigerung des Nominallohns festgestellt. In Wirklichkeit kann der Lohn gesunken sein, wenn die Lebenshaltungskosten durch Preissteigerungen angestiegen sind.
Es ist ganz klar: wenn die Preise steigen, müssen auch die Löhne angehoben werden - andernfalls heißt Preissteigerung nichts anderes als Kürzung der Löhne (da gibt es aber nicht mehr viel zu kürzen!).

Umgekehrt heißt es immer wieder: Lohnsteigerungen bewirken höhere Preise. Der DGB hat jetzt sogar einen Forschungsauftrag vergeben, durch den untersucht werden soll, ob das stimmt. Wir wollen abwarten, was die Forschungsgruppe herausfindet.
Für läßt sich die Frage so beantworten: Lohnsteigerungen greifen in die Profite ein. Solange die Märkte nicht übersättigt sind, werden die Unternehmer ihre angegriffenen Profite kurzfristig mit erhöhten Preisen wieder anreichern. Aber nur solange. Verschärft sich aber die Konkurrenz, sind die Märkte gesättigt, dann können die Preise nicht steigen, auch wenn sich die Löhne stark erhöhen. Lohnerhöhung hat dann mit Preisen nichts zu tun sondern ist der Griff der Arbeiter nach wenigstens einem Teil des Gewinns den er selbst produziert hat.
Dazu ist die Arbeiterklasse auch berechtigt. Im letzten Jahr sind die Umsätze der Betriebe gleich um runde 3o % gestiegen. Diese großen Wertmassen, die die arbeitende Bevölkerung täglich für einen mäßigen Lohn produziert, gehören erstmal dem Unternehmer. Er bereichert sich an der Arbeit anderer. Die Lohnhöhe trägt zwar im Moment im Durchschnitt das, was die Arbeiter brauchen. Die Arbeit selbst aber schafft dem Unternehmer mehr, als sie ihm kostet.
Das ist das Gewinnprinzip des Kapitalisten.

Der Kapitalismus funktioniert aber nicht reibungslos: Daß sich wenige durch die Arbeit vieler bereichern, bleibt nicht ohne Folgen. Zeigen tut sich das in den sogenannten zyklischen Krisen der Wirtschaft, die es gibt, seit es den Kapitalismus gibt. Seit 195o hat es allein vier Rezessionen gegeben. Die letzte war im Jahr 1966/67.
Diese Rezessionen oder Krisen treten ein, wenn sich die Investitionen im Aufschwung so ausgedehnt haben, daß die Firmenkapazitäten nicht mehr ausgelastet werden können. Den Unternehmern gehört fast alles: die Fabriken, die Maschinen, die Lager von Produkten. Der Masse der Bevölkerung gehört neben einem kleinen Privatbesitz nur der Lohn. Je mehr die Produktivität der Wirtschaft steigt, je weniger können die Produkte von der Masse der Bevölkerung gekauft werden

Im Momnet steigt sie. Die Unternehmer investieren und weiten die Produktion aus. Im Krisenjahr 1967 wuchs die Wirtschaft nur um o,2 %, im letzten Jahr war die Wachstumsrate auf 8,4 % geklettert.
Wir kennen noch nicht die Form und Schärfe, die die nächste Krise annehmen wird. Vielleicht wird sie nicht so "dramatisch" (wie Brandt es ausdrückt). Ich bin aber überzeugt, daß die Dinge in absehbarer Zeit nicht ins Gleichgewicht kommen.

Seit über 1oo Jahren beherrscht der Kapitalismus unsere Gesellschaft. Seitdem hat sich die Form der Arbeit völlig geändert: Die Handwerksbetriebe spielen keine Rolle mehr; die große Industrie bestimmt das Bild. Es wird am Band produziert und halbautomatisch und es werden Mengen an Produkten erzeugt, wie nie zuvor.
Eins hat sich jedoch nicht geändert. Zwar verhungert im Moment niemand in der Bundesrepublik. Aber die allermeisten bekommen eben gerade so viel, wie sie brauchen, um arbeiten zu können, ein Auto und Fernsehen vielleicht dazu. Und die meisten müssen mit größerer Nervenbelastung arbeiten, und schneller und mehr, trotz 8 - Stundentag. MTM - System und Akkord, steigende Preise und Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden fressen immer wieder das an, was die Arbeiter sich durch ihre Arbeit verdienen.
Im Moment kommt es darauf an, die Löhne zu verteidigen.
Wir sollten aber darüberhinaus daran erinnern, was Karl Marx im Juni 1865 schrieb: "Sie (die Arbeiterklasse) sollte ... nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System ... zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des konservativen Mottos: "ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk!" sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben "nieder mit dem Lohnsystem!"".
Das sollte, so meine ich, langfristig beherzigt werden. Im Moment kommt es darauf an, die Löhne zu verteidigen. Gegen Preiserhöhungen kann man nur mit Lohnkampf angehen. Wir werden aber trotzdem genau darauf achten, was für ein Gemurmel über eine neue Erhöhung von Straßenbahnpreisen aus dem Rathaus dringt.

Grünes Spalier vor der Stadthalle beim 1. Mai des DGB

Demonstration gegen den Einfall der USA in Kambodscha

DAS "LIBERALE" TAGEBLATT VERTEIDIGT DIE VERBRECHEN DES US-IMPERIALISMUS...

Die Kampagne gegen die RNZ haben wir durchgeführt, weil sich dort nachweisen liess, dass Stauder nicht nur als hoher Funktionär im 3. Reich, sondern auch noch als Chef des RNZ-Lokalteils auf der Grundlage von Rassen-, Sozialisten- und Minderheitenhetze seine Kommentare schrieb. Der Kampf gegen reaktionäre Presseberichterstattung stand immer schon im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Notstandsgesetze und für das Demonstrationsrecht. Es ist jedesmal ein Kampf gegen zunehmenden Abbau von Demokratie und gegen zunehmende Faschisierung gewesen.

Während der letzten 2 Jahre hatte sich in der Heidelberger Lokalpresse, mindestens aber im Heidelberger Tageblatt (HT) in Bezug auf studentische Demonstrationen eine journalistische Praxis herausgebildet, die "neutral" genannt werden könnte. Neutral in dem beschränkten Sinne, dass wichtige Protestaktionen nicht einfach totgeschwiegen wurden, dass die Parolen richtig wiedergegeben wurden, und dass Hetzartikel gegen Kundgebungen sozialistischer Studenten nicht mehr die Regel waren. Offensichtlich ist die Lokalpresse dabei, die Pressepolitik der letzten Zeit zu revidieren.

In der Tageblattausgabe vom letzten Freitag (8.5. 70) finden wir auf den ersten beiden Seiten keine Zeile über den auf Kambodscha ausgedehnten Krieg des US-Imperialismus ausser einem reaktionären Kommentar zum Thema "Präsident Nixon in der Klemme". In dieser "kritischen Betrachtung" wird sowohl der Indochinakrieg, als auch die ständig offener werdende Aggressivität des Imperialismus in den USA selbst als das persönliche Problem und Schicksal Nixons dargestellt. Der Kommentator wünscht dem Präsidenten "einen Erfolg" in Kambodscha, also militärischen Sieg bei Fortführung der Strategie der verbrannten Erde, und "wirklichen" Fortschritt" bei der Unterdrückung der Opposition in den Vereinigten Staaten, um die " 'stille Mehrheit' kleiner Leute, auf die die Regierung zählt", beruhigen zu können. Es heisst dort: "Sie vor allem (die "Stillen") sind es auch, die Sicherheit vor Verbrechen in den Straßen und vor Bedrohung durch Forderungen der Farbigen erwarten und ein Ende der Universitätsunruhen wünschen; aber sie spüren keinen wirklichen Fortschritt."

Die Lage in den USA zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass Nixon der wachsenden demokratischen Opposition nur noch durch faschistische Mobilisierung jener "schweigenden Mehrheit" Herr werden zu können glaubt, mit der er immer schon zu drohen pflegte, wenn ihm die Opposition gegen den Vietnamkrieg zu laut wurde. In einer solchen Situation kommt es mehr denn je darauf an, dass diesem Faschisierungsprozess durch Demonstrationen, Kundgebungen, aber auch durch die sogenannte "liberale Presse" ein erster Riegel vorgeschoben wird. Das genaue Gegenteil geschieht in dem HT-Kommentar. Die Unterdrückung der amerikanischen Opposition wird Fortschritt genannt und unterstützt, die Studentenproteste werden als bloße Unruhen diffamiert, die Forderungen der sozial und politisch unterdrücktesten Gruppe, der Schwarzen, als "Bedrohung" der "kleinen Leute" hingestellt und demagogisch mit "Verbrechen in den Strassen" in Verbindung gebracht. Als ob nicht der Krieg zu der derzeitigen Teuerung geführt hätte, als ob nicht die durch seine Ausweitung verschärfte Inflation für ständige Entwertung der Löhne verantwortlich wäre, und nicht diejenigen, die den Imperialismus bekämpfen!

...UND DIFFAMIERT DIE DEMONSTRANTEN

Nicht anders erhält es sich bei der Berichterstattung über die Demonstration zu den headquarters vom vergangenen Mittwoch, die sich gegen den Überfall der US-Truppen auf Kambodscha und gegen die Unterdrückung der amerikanischen Opposition gegen den Indochinakrieg richtete. Es ist selbstverständlich, dass die Demonstrationen, die in diesen Tagen in vielen Städten durchgeführt werden, nicht nur die Aufgabe haben, in der BRD über den Indochinakrieg aufzuklären. Vielmehr haben sie die Aufgabe, die Opposition in den USA durch Solidaritätskundgebungen und - demonstrationen in ihrem Kampf zu unterstützen. Auch darin erweist sich die reaktionäre und die Aggression des US-Imperialismus unterstützende Presseberichterstattung, dass die Tatsache massenhafter Solidaritätsdemonstrationen überall in der BRD verschwiegen wird. Der Leser des HT und der RNZ erfährt z.B. nichts über die Demonstration in Tübingen vom gleichen Tag, während in der Stuttgarter Zeitung nichts über die Demonstration in Heidelberg zu lesen ist.

Irgendwo hinten, auf Seite 18, steht ein Bericht unter der Überschrift: " 'Langer Marsch' gegen US-Einmarsch in Kambodscha", der mit der Feststellung endet, die Demonstranten seien "erschöpft vom 'langen Marsch' " gewesen. Während OB Zundel mit seinen Versuchen nicht nachlässt, mit bürokratischen und juristischen Mitteln das Demonstrationsrecht generell ausser Kraft zu setzen, leisten die Tageblattredakteure das Ihre. In zynischer Weise diffamieren sie die Demonstration als blosse körperliche Anstrengung, an deren Ende doch kein anderer Erfolg stehe als die Erschöpfung der Demonstranten. Neben die Diffamierung der Demonstration als zwecklos, tritt noch die als sinnlos gewalttätig. Während die etwa 40-minütige Kundgebung sich in wenigen Zeilen und zusammenhanglosen Sätzen niederschlägt, nimmt der Bericht über die

gegen das Amerikahaus geschleuderten Steine fast den gleichen Raum ein: "Plötzlich fliegen Steine. 8 Scheiben des Hauses werden zertrümmert. Unter den Fenstern stehen Autos. Wieder knallen Kracher. Ein Polizeibeamter versucht, aus dem ersten Stock zu filmen."

An diesen wenigen Sätzen kann hervorragend demonstriert werden, wie zugleich Tatsachen festgestellt werden können und dennoch ein falscher Bericht entsteht. Beides ist richtig, dass Steine flogen und dass ein Polizist filmte. Er filmte jedoch nicht, wie es nach dem HT-Bericht den Anschein hat, weil Steine geworfen wurden, sondern umgekehrt. Entgegen dem fortwährenden Gerede von dem berechtigten Protest, wenn er nur friedlich und gewaltlos bleibe, zeigt die Kriminalpolizei immer wieder, dass sie im Grunde jede politische Demonstration der Linken für kriminell hält, indem sie auch die friedlichste Kundgebung dazu benutzt, zu filmen und "Belastungsmaterial" zu sammeln. Wenn sich die Empörung dann in Steinwürfen Ausdruck verschafft, heisst das nichts anderes als dass wir jeden Eingriff in das Demonstrationsrecht immer wieder entschieden zurückweisen. Ganz abgesehen davon, dass die Empörung gegen das Amerikahaus schon allemal gerechtfertigt ist. Seit Jahren besteht die Forderung, dass Gebäude zu schliessen, das aus Steuergeldern vom Land Baden-Württemberg finanziert wird, nur um den Kontakten der Heidelberger Obersehichten zu den amerikanischen Militärs und ihren Frauen einen stilvollen Rahmen zu geben. Mit dieser Art Unterstützung des US-Imperialismus muss Schluss gemacht werden, das Haus sowie die Landesgelder nützlichen Zwecken zugeführt werden!

Insofern waren die Steine gegen das Amerikahaus berechtigt und zudem nützlich, weil sie dazu beitragen die derzeitigen Bauarbeiten zu verlängern und dadurch der Leitung Zeit geben, selber Vorstellungen für eine nützlichere Verwendung des Hauses zu entwickeln. Dagegen war der Steinwurf in ein Horten-Schaufenster falsch. Er stellt eine ungezielt militante Einzelaktion dar, die keinen aufklärerischen Demonstrationscharakter hat.

Doch nicht nur verschweigt der HT-Bericht, dass diese "kulturellen" Beziehungen aus Steuergeldern finanziert werden, er unternimmt zugleich den Versuch, bei Arbeitern und Angestellten wieder Angst und Aggression gegen die Studentenbewegung zu erzeugen. Was soll sonst der Satz:" Unter den Fenstern stehen Autos"?1. Der Privatbesitz an Autos und anderen Konsumgütern der abhängig Arbeitenden wird nicht durch sozialistische Studenten gefährdet, sondern durch die ständige Lohndrückerei des Kapitals.

Bei der Demonstration gegen den US-Imperialismus vor dem US-Hauptquartier in Heidelberg: Faulenzer in Waffen

Stellungnahme Heidelberger Gewerkschaften

Gegen Eingreifen in Kambodscha

In einer Stellungnahme sprechen sich die Vertreter der Gewerkschaften innerhalb der Ortsverwaltung Heidelberg gegen das Eingreifen der amerikanischen Truppen in Kambodscha aus. Hier die Erklärung im Wortlaut:

„Wir wenden uns gegen den Einmarsch amerikanischer Truppen in Kambodscha, weil damit das Problem nicht aus der Welt geschafft, sondern weiter verschärft und der Weltfriede damit gefährdet wird. Wir verurteilen das aufs Schärfste, denn wir sind im Interesse der Arbeitnehmer dazu

verpflichtet. Auch gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei haben wir uns gewandt, noch schärfer aber wenden wir uns gegen den Einmarsch in Kambodscha, denn dort ist Krieg.

Bei dieser Politik der verbrannten Erde, die dort getrieben wird, und wenn — falls man der Berichterstattung glauben darf — Befehle zur völligen Vernichtung der Städte und Dörfer gegeben werden, so kann man schon nicht mehr von Krieg, sondern muß von Kriegsverbrechen sprechen.

Ebenso stark berührt es uns, wenn in den Vereinigten Staaten selbst Andersdenkende mit Waffengewalt niedergezwungen werden. Der Tod der vier erschossenen Studenten kennzeichnet in aller Deutlichkeit, in welcher Krise sich die Demokratie befindet. Man war dort nicht fähig, das Rassenproblem zu lösen und versucht nun, andersdenkende Weiße zu unterdrücken."

Unterschrieben wurde die Stellungnahme von: Herbert Neumann, Kreisvorsitzender des DGB; Rudolf Bock, IG-Metall; Adalbert Gewann, IG-Bau-Steine-Erden; Walter Klein, ÖTV; Wilhelm Graf, GdED; Kurt Bauder, IG-Leder, und von den Betriebsratsvorsitzenden mehrerer Heidelberger Metallbetriebe.

Die Heidelberger Gewerkschaften des DGB haben sich in einer Presseerklärung gegen die US-Aggression in Kambodscha gewandt. Dies ist umso bemerkenswerter, als vom DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf noch nichts dergleichen gekommen ist. Mit Recht betont die DGB-Erklärung den Unterschied zwischen der US-Aggression in Indochina und der Besetzung der CSSR durch die Truppen des Warschauer Pakts.

Wir fragen uns, handelt es sich bei diesem Schritt um eine Eintagsfliege, oder darum, daß der DGB in dieser Frage der Verurteilung des US-Imperialismus weitergehende Schritte ankündigt? Daß dies im Interesse der Arbeitnehmer wäre, sagt der DGB in seiner Erklärung selbst. Daß die Presseerklärung wesentlich durch eine Initiative aus Heidelberger Betrieben zustande gekommen ist, war aus Kreisen des DGB zu erfahren. Diese Initiative war sogar so nachhaltig, daß es zu einer Fühlungnahme zwischen Gewerkschaft und der radikalen Linken in Bezug auf mögliche gemeinsame Positionen gegen den US-Imperialismus gekommen sein soll.

Die Roten Kommentare, der SDS-Heidelberg und der Allgemeine Studentenausschuß der Universität lassen keinen Zweifel daran, daß es ihnen darauf ankommt, daß der DGB seiner Presseerklärung jetzt Taten folgen läßt. Oder war die Presseerklärung des DGB gegen die US-Aggression in Indochina nur eine Beruhigungspille für Arbeitnehmer und Öffentlichkeit?

„ERSTUNKEN UND ERLOGEN"

Erhöhung der HSB-Tarife energisch dementiert

Ueber eine Erhöhung der Straßenbahntarife werde im Rathaus „gemunkelt", erklärte SDS-Mitglied Becker gestern bei der Maikundgebung auf dem Univergitätsplatz. Plakate verkündeten, man werde gegen eine Erhöhung wieder mit dem „Roten Punkt" angehen. Wir fragten den Direktor der HSB, Dr. Brückner, zu dem Gerücht über Gespräche in dieser Richtung. Sein Kommentar: „Erstunken und erlogen!"

Wir fragen uns, warum Straßenbahndirektor Brückner (SPD) so übertrieben und unsachlich auf den Hinweis von E. Becker reagiert? Schließlich hat Brückner doch der Allgemeinheit die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß die HSB keine Fahrpreiserhöhungen erwägt. (Nebenbei ist die Anschuldigung von Brückner, E. Becker hätte etwas erstunken und erlogen, unhaltbar. Denn den Nachweis darüber, daß anderenorts über eine Fahrpreiserhöhung getuschelt worden ist, muß er E. Becker schon selbst überlassen. Oder glaubt Brückner, über sämtliches Munkeln im Rathaus informiert zu sein? Daß Brückner selbst gemunkelt hat, hat E. Becker nicht behauptet.)

Wenn an der Behauptung nichts daran sein soll, wie erklärt es sich dann, daß Brückner vor einigen Wochen in der Heidelberger Presse die Verweigerung von steuerlichen Vergünstigungen für die Nahverkehrsbetriebe durch den Bund besonders hat herausstellen lassen? Wie erklärt es sich weiter, daß HSB-Aufsichtsratsvorsitzender Zundel schon zu Jahresbeginn Rote-Punkt-Aktion und konstant gehaltenen Fahrpreis als "schwerste Niederlage der Demokratie" diffamiert hat? Zundel, dem die Anerkennung der Rote-Punkt-Aktion als demokratische Widerstandsaktion durch die Mehrheit der Bevölkerung bekannt ist, hätte eine so scharfe Zunge nicht riskiert, wenn er nicht schon die künftige Durchsetzung einer Fahrpreiserhöhung im Blick gehabt hätte.

Jedenfalls hat der unsachliche Ausfall Brückners gegen den SDS-Redner auch sein sachlich Gutes: Er stellt ein klares Dementi der HSB-Direktion dar, über Fahrpreiserhöhungen auch nur zu munkeln!